



Presseerklärung

Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

2.09.2009

Haushalt 2010

Jedes Jahr das gleiche Lied: Bei der Vorstellung des Haushaltes lobt Oberbürgermeister Dr. Hoffmann die angeblich solide Haushaltspolitik der Stadt – das heißt, er lobt sich selbst. Wie bei jedem Eigenlob ist kritische Betrachtung auch hier angebracht.

Da die Ratsfraktionen den Haushaltsplan erst zeitgleich mit der Pressekonferenz des Oberbürgermeisters erhalten haben, ist eine detaillierte Analyse noch nicht möglich. Doch schon ein Blick auf die Rücklagenentwicklung zeigt: Bis zum Ende der Amtszeit Dr. Hoffmanns im Jahre 2013 bleibt der Haushalt defizitär, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen. Bis dahin werden auch die Rücklagen aufgebraucht sein, die durch Vermögensverkäufe und Überschüsse in den fetten Haushaltsjahren 2007 und 2008 angehäuft wurden. Nennenswertes städtisches Vermögen, das zum Ausgleich von Defiziten dann noch veräußert werden könnte, ist wegen des vergangenen Totalausverkaufs aber nicht mehr vorhanden. Seinem Nachfolger, wer immer das sein mag, hinterlässt Herr Dr. Hoffmann damit ein bitteres Erbe.

Kritisch sind auch die von Dr. Hoffmann in dieser Lage vorgeschlagenen „Sparmaßnahmen“ zu sehen. Wieso das Verschieben notwendiger Investitionsmaßnahmen sinnvoll sein soll, bleibt sein Geheimnis. Entweder ist die Maßnahme überflüssig. Dann sollte ganz auf sie verzichtet werden, wie z. B. auf den Rathausteilabriss. Oder sie ist zwingend. Dann sollte sie besser jetzt durchgeführt werden, um zur Übersendung der wirtschaftlich schwierigen Lage beizutragen. Das gilt insbesondere, wenn die Investition geringere laufende Ausgaben zur Folge hat, beispielsweise durch Energieeinsparung infolge Gebäudesanierung.

Auch die vorgesehene Wiederbesetzungssperre wirft Fragen auf. Gibt es etwa in der Stadtverwaltung noch Rationalisierungsmöglichkeiten? Dann hat Dr. Hoffmann seine Hausaufgaben nicht gemacht. Falls nein, sollen Einsparungen durch Erhöhung der Arbeitsbelastung der jetzt schon voll ausgelasteten Mitarbeiter erzielt werden. Das ist unverantwortlich, genauso wie das Verschieben von Belastungen auf Verbände, Vereinigungen und ehrenamtlich tätige Mitbürgerinnen und Mitbürger. In schwierigen Zeiten Zuschussskürzungen, in finanziell guten Jahren keine Erhöhungen – so zerstört man gewachsene Strukturen der ehrenamtlichen Mitarbeit, auf die unsere Gesellschaft so dringend angewiesen ist.

Für ein endgültiges Urteil ist es noch zu früh. Dennoch lässt sich jetzt schon sagen: In dieser Form ist der Haushaltsentwurf Dr. Hoffmanns kaum zustimmungsfähig.

gez. Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender